

Beratungsergebnis zu Vorlage Nr. 61/026/2019

Kreistag am 08.07.2019

<p>Zu Punkt 26.1: Ausbau der A 3 hier: Anträge der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</p>

Landrat Hendele verweist auf den ausliegenden gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und UWG-ME sowie auf den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 14.06.2019.

KA Völker erläutert seinen Versuch, einen gemeinschaftlichen Antrag auf den Weg zu bringen und äußert den Wunsch, dass sich die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem gemeinsamen Antrag anschließen möge, damit die Chance auf einen einstimmigen Kreistagsbeschluss bestehe.

KA Dr. Stapper befürwortet das Bestreben nach einem gemeinsamen Antrag, erläutert jedoch die Gründe, aus denen er sich diesem Antrag nicht anschließen könne. Er verliest eine Erklärung und führt darin einige Argumente an, warum der grundsätzliche Fokus stärker auf dem ÖPNV als auf dem Ausbau des motorisierten Individualverkehrs liegen solle. Konsequenz sei es, den Bund aufzufordern, die Mittel für den Ausbau der A 3 umzuwidmen und für den Ausbau der Bahninfrastruktur zu verwenden. Er beantragt daher anstelle der Ziffer 1 des gemeinsamen Antrages – analog zu Ziffer 1 des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – vom Bund einen Wechsel in der Verkehrspolitik zu fordern. Der geplante Ausbau der A 3 auf zweimal vier Fahrspuren plus Standstreifen widerspreche den wissenschaftlichen Erkenntnissen über technisch mögliche Verkehrslösungen. Aus Gründen der Generationengerechtigkeit sei diese Ressourcenverschwendung für den motorisierten Individualverkehr nicht mehr akzeptabel. Den in der Einleitung des gemeinsamen Antrages angesprochene „maßvolle Ausbau der A 3“ bittet er zu streichen sowie Ziffer 2 präziser zu formulieren.

KA Köster spricht sich aus Verkehrssicherheitsgründen gegen die Einbeziehung des Standstreifens aus. Dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum ursprünglichen CDU-Antrag hätte er zugestimmt – dem gemeinsamen Antrag werde er nicht zustimmen.

KA Schulte erinnert an den Wunsch des Kreistages vom 24.06.2019, die vorliegenden Anträge zusammenzuführen, um einen gemeinsamen Beschluss zu fassen. Er könne nicht nachvollziehen, warum die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN so stark auf ihrem Antrag beharre, da beide Anträge eine Vielzahl an Übereinstimmungen aufweisen. Als Unterschiede benennt KA Schulte den Versuch der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, in ihrem Antrag die Gesamtverkehrsprobleme der Bundesebene lösen zu wollen sowie die geforderte Umwidmung der für den Ausbau der A 3 vorgesehenen Haushaltsmittel. Letzteres könne jedoch nur durch einen Beschluss des Bundestages erfolgen. Er appelliert daher an die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, durch ihre Zustimmung zum gemeinsamen Antrag einem Schulterschluss des Kreistages den Vorzug zu geben vor der nur in Nuancen bestehenden Differenz der Anträge.

KA Küppers spricht sich für eine gemeinsame Beschlussfassung aus und versucht zwischen den Anträgen zu vermitteln. Es sei eine Kompromisslösung für die Anwohnerinnen/Anwohner und Verkehrspendler anzustreben. Auch er bewertet eine Korrektur der bundespolitischen Angelegenheiten auf Kreisebene als schwierig und schlägt vor, die Sitzung kurz zu unterbrechen.

Landrat Hendele fragt, ob die Sitzung sofort oder nach der noch bestehenden Rednerliste unterbrochen werden solle.

Der Kreistag einigt sich darauf, die bereits gemeldeten Redner zunächst anzuhören.

KA Dr. Ibold befürwortet ebenfalls eine einheitliche Position des Kreistages gegenüber Straßen.NRW – insbesondere aufgrund der von der Stadt Langenfeld unter Beteiligung des Kreises durchgeführten Informationsveranstaltung, bei der die Argumente von Straßen.NRW widersprüchlich gewesen seien. Der Rat der Stadt Langenfeld habe bereits ein starkes Signal gesetzt, in dem er sich im Rahmen einer Resolution gegen den Ausbau der A 3 ausgesprochen habe.

Er verliest eine Erklärung, in der er ausführlich die Position seiner Fraktion und die Gründe erläutert, aus denen er dem gemeinsamen Antrag nicht zustimmen werde. Neben einiger offenen Fragen und Undeutlichkeiten des gemeinsamen Antrages sei dieser zudem nicht vollständig. Er spricht sich für die zeitweise Nutzung des Standstreifens als vierte Spur aus und nennt Vergleichsbeispiele wie die A 57 zwischen Köln-Nord und Köln-Ehrenfeld, wo dies bereits seit acht Jahren gut funktioniere. Von daher könne er nicht nachvollziehen, warum Straßen.NRW dies als temporäre Lösung betitele und genau aus diesem Grunde ablehne. Zudem spricht sich KA Dr. Ibold für eine neue Verkehrserhebung sowie für eine aktivere und stärkere Einbeziehung des Kreistages und der Bürgerinitiative „Drei reicht! Kein Ausbau der A3“ aus.

Er kritisiert, dass die Regionaldirektionen von Straßen.NRW für den Süd- und Nordkreis sowie für das Hildener Kreuz nicht abgestimmt planen würden. Abschließend verweist er auf die Konsequenz eines weiteren Ausbaus der A3, der zulasten der Lebensqualität, der Natur und des Klimas (auch) zukünftiger Generationen gehe. Die Forderung nach einem Kurswechsel in der Verkehrspolitik sei daher unerlässlich.

KA Völker verweist auf die Notwendigkeit eines Ausbaus der A3 aufgrund des hohen Verkehrsaufkommens und befürchtet anderenfalls eine Verschärfung der katastrophalen Staulage. Er bittet die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Realität im Blick zu behalten und bei den Bürgerinnen und Bürgern keine falschen Hoffnungen zu wecken. Eine Umbuchung der Haushaltsmittel betrachte er als Utopie.

KA Lessing bewertet eine Einigung der verschiedenen Antragslagen kritisch. Er sehe im Gegensatz zu KA Schulte große inhaltliche Unterschiede zwischen den Anträgen und lehne eine Achtspurigkeit der A 3 kategorisch ab.

KA Dr. Stapper empfindet die ideologische Zielsetzung des Antrages seiner Fraktion nicht als Fehler. Ihm sei bewusst, dass der Kreis die Verkehrsprobleme des Bundes nicht lösen könne, betrachtet den geforderten Kurswechsel der Verkehrspolitik jedoch als wichtigen Appell für zukunftsfähige Verkehrspolitik. Ein A 3-Ausbau sei nicht sinnvoll, da – nach erwarteter Fertigstellung in fünfzehn Jahren – viele Menschen nicht mehr Auto fahren würden.

Landrat Hendele verweist auf den zukünftigen Anstieg des Verkehrsaufkommens, aufgrund dessen der Ausbau der A 3 vom Grundsatz her alternativlos sei. Wie dies im Detail ausgestaltet werde, sei nun zu klären. Des Weiteren weist er auf den Text der von KA Dr. Ibold angesprochenen, einstimmig vom Rat Langenfeld beschlossenen Resolution hin, in der die Notwendigkeit des Ausbaus der A 3 von allen anerkannt werde. Er verliest den entsprechenden Absatz, in dem der Rat den Bund auffordere, bei der Planung des achtspurigen Ausbaus die Nutzung des bestehenden Standstreifens als vierte Fahrspur je Richtung ohne weiteren Standstreifen zu gewährleisten und entsprechend einzurichten. Die nun vorgetragene Position der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, grundsätzlich gegen den Ausbau zu sein, könne er daher nicht nachvollziehen; es würden Realitäten und Perspektiven schlichtweg ignoriert. Auch sei durch die zeitweise Nutzung des Standstreifens als vierte Fahrspur kein Sicherheitsproblem erkennbar.

Da der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weitergehender als der gemeinsame Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und UWG-ME ist, erfolgt zunächst die Abstimmung über ersteren mit folgendem

Beschlussvorschlag:

1. Der Kreistag fordert vom Bund einen Kurswechsel in der Verkehrspolitik. Der aktuell in Rede stehende Ausbau der A3 auf zweimal vier Fahrspuren beruht auf Jahrzehnte alten Daten und einer aufgrund wissenschaftlicher Erhebungen zum Klimawandel und der überbordenden Verschwendung von Ressourcen heute nicht mehr akzeptablen Entwicklung des motorisierten Individualverkehrs. Die für den Ausbau der A3 vorgesehenen Mittel sollen umgewidmet

werden und für die Ertüchtigung des SPNV und der Güterzugstrecken sowie für den Bau von Radschnellwegen bereitgestellt werden.

2. Die Staubildung wird durch die zeitweise Nutzung des Standstreifens als einer vierten Spur abgemildert.
3. Straßen.NRW führt statistisch belastbare Verkehrserhebungen an der A3 zwischen Langenfeld und Ratingen durch, um die Verkehrsbelastung auf dieser Strecke grundsätzlich weiter zu analysieren und die Entwicklung zu dokumentieren.
4. Der Kreistag Mettmann fordert Straßen.NRW auf, konstruktive Lösungen zur Regelung von Pausenzeiten der LKW-Fahrerinnen und -Fahrer unter Einbezug von Rastflächen in bestehenden Industriegebieten sowie von bestehenden und nachts ungenutzten Parkräumen zu konzipieren, statt den alleine quantitativen Parkflächen-Ausbau der Raststätte Ohligser Heide in vorhandene Freiflächen zu verfolgen.
5. Der Kreistag fordert Straßen.NRW auf, bei allen Planungen zur Gestaltung der A3, der Autobahnraststätte Ohligser Heide und des Hildener Kreuzes die gleichgewichtigen Kriterien 'Minderung von Schadstoff- und Lärmemissionen' sowie 'Schutz von Natur und Freiflächen' anzusetzen. Allein zwischen Leverkusen und Hilden liegen drei Naturschutzgebiete sowie vier FFH-Gebiete im Bereich der A3.
6. Der Kreistag fordert Straßen.NRW auf, in regelmäßigen Abständen und für alle Bauabschnitte transparent und nachvollziehbar im zuständigen Fachausschuss des Kreistages und in Bürgerveranstaltungen die interessierte Öffentlichkeit zu informieren. Dabei ist zukünftig auf eine effizientere Abstimmung der beteiligten unterschiedlichen Regionaldirektionen von Straßen.NRW zu sorgen.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich abgelehnt

31 Nein-Stimmen der CDU Fraktion
19 Nein-Stimmen der SPD-Fraktion
8 Ja- Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
4 Nein-Stimmen der FDP-Fraktion
2 Nein-Stimmen der Fraktion UWG-ME
2 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.
2 Ja-Stimmen der Gruppe PIRATEN
1 Nein-Stimme KA Schwierzke
1 Nein-Stimme Landrat Hendele

Anschließend erfolgt die Abstimmung über den gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und UWG-ME mit folgendem

Beschlussvorschlag:

Die derzeitige und die aufgrund der aktuellen Prognosen zur Entwicklung des Verkehrsaufkommens zu erwartende weitere Verkehrsbelastung führen – so wie die vielen weiter zunehmenden Staus - zu erheblichen Umweltbelastungen. Der uferlose Ausbau des überörtlichen Straßennetzes ohne entsprechende Verbesserungen im Öffentlichen Nah- und Fernverkehr auf Straße und Schiene, wird die Verkehrsprobleme auf Dauer nicht wirkungsvoll lösen. Auch wenn die Notwendigkeit, die A 3 im besonders belasteten Abschnitt zwischen der Anschlussstelle Opladen und dem Autobahnkreuz Hilden auf je 4 Fahrspuren auszubauen, nicht verkannt wird, fordert der Kreistag, neben einem möglichst maßvollen Ausbau der A3, die Bundesregierung und die Landesregierung sowie die jeweils nachgeordneten Stellen auf, sämtliche Möglichkeiten zu einer Verkehrsreduzierung zu ergreifen. Hierzu gehören vor allem eine intelligente Steuerung im Frachtverkehr unter Einbeziehung des Schienenverkehrs, aber auch des Einsatzes neuer Techniken – Stichwort KI-gesteuertes Leerfahrtenmanagement – sowie der Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs, insbesondere des Personennahverkehrs.

1. Angesichts der entlang der Autobahn vorhandenen Wohnbebauung und der FFH- und Naturschutzgebiete beauftragt der Kreistag den Landrat des Kreises Mettmann mit Straßen.NRW mit dem Ziel zu verhandeln, die folgenden alternativen Varianten zu prüfen:
 - a) Verzicht auf den die Autobahn verbreiternden Ausbau mit 8 Fahr- und 2 Standspuren; stattdessen Nutzung der vorhandenen Standstreifen auf der gesamten Ausbaustrecke als jeweils 4. Fahrspur.

- b) Hilfsweise Verzicht auf 8 Fahr- und 2 Standspuren im unmittelbaren Bereich der FFH- und der Naturschutzgebiete. Zumindest in diesen Bereichen sollte jeweils in beide Fahrrichtungen der vorhandene Standstreifen als 4. Spur genutzt werden, ein zusätzlicher Standstreifen also entfallen.
 - c) Bei beiden unter a) und b) vorgeschlagenen Varianten ist sicherzustellen, dass ein für die Bevölkerung wirksamer Lärmschutz errichtet wird, der dem heutigen Stand der Technik entspricht.
2. Ein Ausbau der Fahrstreifen bleibt wirkungslos, wenn die Anschlussstellen und insbesondere das Autobahnkreuz Hilden nicht ertüchtigt werden. Deshalb wird Straßen.NRW aufgefordert, die Verbesserung der Autobahnabfahrt Solingen, des Autobahnkreuzes Langenfeld und des Autobahnkreuzes Hilden mit in die Planungen einzubeziehen. Darüber hinaus führt Straßen.NRW statistisch belastbare Verkehrserhebungen an der A3 zwischen Langenfeld und Ratingen durch, um die Verkehrsbelastung auf dieser Strecke grundsätzlich weiter zu analysieren und die Entwicklung zu dokumentieren.
 3. Der Kreistag fordert Straßen.NRW auf, in regelmäßigen Abständen transparent die einzelnen Planungsabschnitte für den Ausbau der A3 im Kreisgebiet dem Kreistag bzw. den Fachausschüssen vorzustellen und in Bürgerveranstaltungen die interessierte Öffentlichkeit zu informieren.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich angenommen

31 Ja-Stimmen der CDU Fraktion

19 Ja-Stimmen der SPD-Fraktion

8 Nein- Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

4 Ja-Stimmen der FDP-Fraktion

2 Ja-Stimmen der Fraktion UWG-ME

2 Nein-Stimmen der Fraktion DIE LINKE.

2 Enthaltungen der Gruppe PIRATEN

1 Ja-Stimme KA Schwierzke

1 Ja-Stimme Landrat Hendele